

Pressespiegel zum Prostitutionsgesetz

WAZ Rhein und Ruhr Prostitution: Dortmund darf Sperrzone sein
09.04.2016 | 05:34 Uhr

Dortmund. Straßenprostitution bleibt in Dortmund flächendeckend verboten. Das Bundesverwaltungsgericht hat nach einem jahrelangen Rechtsstreit eine Entscheidung zugunsten der Stadt getroffen und die Beschwerde einer Prostituierten zurückgewiesen.
[WAZ.de – Lesen Sie mehr](#)

Prostitution: Dortmund darf Sperrzone sein | WAZ.de – Lesen Sie mehr auf:
http://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/prostitution-dortmund-darf-sperrzone-sein-aimp-id11718364.html#plx1790943718

Straßenstrich verboten, Menschenhandel geblieben

Die Welt, Regionales: Von Stefan Laurin

Vor fünf Jahren schloss Dortmund seinen Straßenstrich, im gesamten Stadtgebiet wurde Straßenprostitution verboten – relativ erfolgreich. Das wiederum brachte ganz neue Probleme mit sich. [weiterlesen](#)

Hamburg Protest im Puff

Die Regierung will Prostituierte mit einem Gesetz schützen. Doch viele Prostituierte fürchten, dass gerade das neue Gesetz sie in die Illegalität treibt. 05.03.2016, von [Carsten Germis](#), Hamburg [weiterlesen](#)

Suchergebnisse

[Prostitutionsgesetz | EMMA](#)

www.emma.de/thema/prostitutionsgesetz

vor 1 Tag – Dabei sind 78% aller Deutschen gegen *Prostitution*. ... Konservative im Senat blockieren das neue *Prostitutionsgesetz* seit eineinhalb Jahren. ... März 2016.

[Prostitutionsgesetz – Deutschland | STERN.de](#)

www.stern.de/politik/deutschland/themen/prostitutionsgesetz-4186266.html

vor 14 Stunden – Union und SPD haben sich auf Grundzüge für ein neues *Prostitutionsgesetz* ... Das Ausnutzen von Zwangsprostituierten und bestimmte Formen der *Prostitution* sollen ... Nachrichten vom 02.03.2016 | © stern.de GmbH | *Prostitutionsgesetz*.

[Prostitutionsgesetz – Themen – FOCUS Online](#)

www.focus.de/schlagwoerter/themen/p/prostitutionsgesetz/

vor 7 Tagen – *Prostitutionsgesetz*: Finden Sie hierzu Nachrichten, Archiv-Material, Fotos und Videos auf FOCUS ... Konziljubiläum will 2016 an „Hübschlerinnen“ erinnern.

[Deutscher Bundestag – Dokumente](#)

www.bundestag.de/dokumente

vor 17 Stunden – Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Verbesserung des Schutzes vor sexueller Misshandlung und Vergewaltigung (PDF). 18/7736 – 29.02.2016.

[Gesetzgebung – Aktuelles aus Recht, Gesetz und Justiz](#)

www.lto.de/themen/recht/g/gesetzgebung/

vor 6 Tagen – Diskutiert wurde unter anderem eine Befristung der Einweisung von Straftätern in die Psychiatrie. Mehr lesen · Pressekonferenz 11.02.2016 ...

[Prostitution News + Nachrichten / Prostitution aktuell](#)

news.feed-reader.net/1690-prostitution.html

vor 2 Tagen – *Prostitution* – Aktuelle Nachrichten und Informationen auf Deutsch. ... 01.03.2016 18:00 – The Huffington Post ... Die dunklen Seiten der *Prostitution* bestreitet...

[Die repressiven Prostitutionsgesetze abwehren | Die ...](#)

diefreiheitsliebe.de/.../die-repressiven-prostitutionsgesetze-abwehren/

vor 2 Tagen – Der Ruf nach einer „Welt ohne *Prostitution*“ stellt vor allem einen Angriff auf Prostituierte. ... 1. März 2016 – 10:00 | Gastbeitrag | Gesellschaft | 0 Kommentare.

[Prostitution | evangelisch.de](#)

www.aktuell.evangelisch.de/themen/prostitution

vor 5 Tagen – Zentralkomitee fordert, das geplante *Prostitutionsgesetz* zu korrigieren und rasch zu ... erhalten gemeinsam den Frauenförderpreis 2016 der Stadt Nürnberg.

[Kongress diskutiert über Kondompflicht und Flatrate-Sex ...](#)

www.sueddeutsche.de › Gesellschaft

vor 1 Tag – 02. März 2016 07:23 ... Beim Fachkongress der Sexarbeiter wird über *Prostitution* und Probleme des Gewerbes diskutiert. Foto: Lukas Schulze. Direkt aus dem ...

[ProstG – nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

www.gesetze-im-internet.de/prostg/

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten. zur Gesamtausgabe der Norm im Format: HTML PDF XML EPUB ...

[Prostitutionsgesetz: Anmeldepflicht für Prostituierte ... – Die Zeit](#)

www.zeit.de › *Start* › *Gesellschaft*

Die große Koalition hat sich auf ein lang geplantes *Prostitutionsgesetz* geeinigt: Die Kondompflicht soll kommen, ebenso wie die Überprüfung ...

[Einigung beim Prostitutionsgesetz: Jetzt kommt die ... – N-tv.de](#)

www.n-tv.de › *Politik*

Einigung beim *Prostitutionsgesetz* Jetzt kommt die Kondompflicht. Bordellbetreiber müssen künftig strengere Regeln einhalten und es gibt ...

[Koalition einigt sich auf Prostitutionsgesetz – Tagesschau.de](#)

www.tagesschau.de/inland/prostituiertenschutzgesetz-103.html

Die Koalition ist sich einig: Ein neues *Prostitutionsgesetz* wird kommen. Und das nach langem Streit. Wie häufig müssen Prostituierte sich beim ...

[Prostitutionsgesetz ist umstrittener denn je – Gesetz mit ...](#)

www.3sat.de › *Sendungen A-Z* Zwölf Jahre ist es her, dass das *Prostitutionsgesetz* geändert wurde. Was sollte nicht alles verbessert werden: Die Prostituierten sollten in die Kranken-
, ...

[Prostitutionsgesetz | EMMA](#)

www.emma.de/thema/prostitutionsgesetz Zu Recht? Denn noch ist das Gesetz nicht in trockenen Tüchern. Konservative im Senat blockieren das neue *Prostitutionsgesetz* seit eineinhalb Jahren.

[Spiegel 02.02.2016] Einigung beim Prostitutionsgesetz: Koalition beschließt Kondompflicht – Prostituierte in Frankfurt: Kommunale Behörden entlasten. Strengere Regeln für Bordellbetreiber und Gesundheitsberatungen – der Weg für das Prostitutionsgesetz ist frei. Die Regierungsparteien haben sich zu einem Kompromiss durchgerungen. Prostitution: Gewerberecht statt Gängelung [\[weiterlesen\]](#)

Von Monika Frommel Die Planungen für das „Prostituiertenschutzgesetz“ sind in einer Sackgasse gelandet, erläutert Rechtsprofessorin Monika Frommel. Statt straf- und polizeirechtlich bevormundet sollten Prostituierte durch das Gewerberecht vor Übervorteilung geschützt werden. [weiterlesen](#)

H.A. Rotlicht in der Grauzone von Thomas König – HERTEN-SÜD. Im April 2015 standen die Ersten da. Seit August sind zehn bis zwölf Wohnwagen und Wohnmobile, in denen in den Nachtstunden Prostituierte ihre Dienste anbieten, auf dem Pendlerparkplatz nahe der A 2-Anschlussstelle dauerhaft abgestellt. Stehen dürfen sie dort nicht. Geahndet wird das von der Nachbarstadt Gelsenkirchen, auf deren Gebiet der Parkplatz liegt, bislang aber nicht.

Update: 12.01.2016 – Die Story im Ersten: Ware Mädchen 11.01.2016 | 43:53 Min. | Verfügbar bis 11.01.2017 | Quelle: Das Erste –

Etwa 8.000 Frauen bieten allein in Berlin ihren Körper zum Kauf an. Viele von ihnen haben keinen Pass und sprechen kein Deutsch. Es sind Frauen ohne Rechte, eingesperrt und fremdbestimmt. Junge Frauen aus Rumänien, zum Teil Minderjährige, müssen bis zu 15 Männer am Tag mit Sex bedienen, häufig ohne Schutz und ohne Auszeit bei Krankheiten.

Besonders junge Mädchen aus Osteuropa werden immer häufiger Opfer skrupelloser Menschenhändler, gehalten wie Sklavinnen. In Rumänien, wo Prostitution eigentlich verboten ist, gibt es dennoch in allen größeren Städten illegale Bordelle. In diesem Klima blüht auch der Handel mit der Ware „Mädchen“. Mädchen, die in bitterer Armut aufwuchsen und ein leichtes Spiel für Menschenhändler wurden.



zum

o.a. ARD-Mediathek-Beitrag



Die Hertener Allgemeine thematisiert den Straßenstrich -> [Hier \[klick\]](#)

§ 232 StBG Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

(1) Wer eine andere Person unter Ausnutzung einer Zwangslage oder der Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder dazu bringt, sexuelle Handlungen, durch die sie ausgebeutet wird, an oder vor dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen oder von dem Täter oder einem Dritten an sich vornehmen zu lassen, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine Person unter einundzwanzig Jahren zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen bringt.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren ist zu erkennen, wenn

1. das Opfer der Tat ein Kind (§ 176 Abs. 1) ist,
2. der Täter das Opfer bei der Tat körperlich schwer misshandelt oder durch die Tat in die Gefahr des Todes bringt oder
3. der Täter die Tat gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, begeht.

(4) Nach Absatz 3 wird auch bestraft, wer

1. eine andere Person mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen bringt oder
2. sich einer anderen Person mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List bemächtigt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen zu bringen.

(5) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen der Absätze 3 und 4 ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Vorschrift eingefügt durch das Siebenunddreißigste Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 180b, 181 StGB – (37. StrÄndG) vom 11.02.2005 ([BGBl. I S. 239](#)) m.W.v. 19.02.2005.

31.10.2015 – H.A.

Sperrbezirk: CDU kritisiert die Verwaltung

Vorwurf: Mangelndes Engagement

Von Frank Bergmannshoff **Herten**. Scharfe Kritik an der Stadtverwaltung äußert die CDU-Spitze in einer Stellungnahme zu unserem Bericht über die abgelehnte Vergrößerung des Sperrbezirks gegen Straßenprostitution.

Der Hertener Rat beschloss im September, dass sich die Verwaltung um eine Ausweitung der beiden bestehenden Sperrbezirke (Scherlebeck/ Süd) auf das gesamte Stadtgebiete bemühen soll. Die Stadt stellte einen Antrag an die Bezirksregierung und kassierte eine Ablehnung. Begründung: Die Stadt habe keine konkreten Vorfälle dargelegt, die einen solchen Schritt rechtfertigen.

Dünn und nichtssagend

Dazu der Vorsitzende der CDU- Ratsfraktion, Stefan Grave: „Wieder hat die verantwortliche Fachbereichsleiterin Annegret Sickers gezeigt, wie flexibel sie mit Beschlüssen des Rates umgeht. Während eine Verwaltung eigentlich bemüht sein müsste, Beschlüsse des Rates bestmöglich umzusetzen, wird dies in Herten grundsätzlich anders gehandhabt. Hier entscheidet der Fachbereich, mit welchem Engagement man die Umsetzung von Beschlüssen angeht.“ Grave meint, die Verwaltung habe „kein Interesse an einer Realisierung des Beschlusses“.

„Dünn und nichtssagend“ sei der Antrag der Stadt Herten gewesen, kritisiert auch die CDU-Stadtverbandsvorsitzende und Bürgermeisterkandidatin Silvia Godde: „Eine erfahrene und bürgerorientierte Verwaltung hätte doch die entsprechenden Begründungen wissen und anbringen müssen. Das ist doch wohl das Mindeste, was man erwarten kann.“

29.10.2015 H.A.

Kein größerer Sperrbezirk – Bezirksregierung Münster lehnt den erneuten Antrag der Stadt ab

Von Frank Bergmannshoff (H.A)

Herten. Auch auf dem Süder Straßenstrich wurden am Sonntag die Uhren auf Winterzeit umgestellt. Prostitution ist dort nun schon ab 20 Uhr erlaubt und nicht erst – wie im Sommer – ab 22 Uhr. Bei der zeitlichen und örtlichen Beschränkung des Sperrbezirks wird es auch bleiben. Der erneute Vorstoß der Stadt Herten, die Verordnung auszuweiten, wurde von der Bezirksregierung Münster abgelehnt.

Im vergangenen Jahr beantragten die Städte Herten und Gelsenkirchen angesichts der zunehmenden Prostitution im Bereich Gelsenkirchener Straße/Münsterstraße stadtweite Sperrbezirke. Die Bezirksregierung erklärte Herten aber nur teilweise und nur tagsüber zur Verbotzone. Die Regelung gilt seit dem 5. Januar dieses Jahres.

Im August entschied jedoch das Oberverwaltungsgericht Münster, dass die Stadt Dortmund in ihrem gesamten Gebiet die Straßenprostitution verbieten dürfe. Vor diesem Hintergrund hatte die Hertener CDU gefordert, dass die Stadt Herten einen zweiten Anlauf für einen allumfassenden Sperrbezirk starten solle.

Im September beschloss der Rat, so zu verfahren. Doch die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde hat den Antrag nun erneut abgelehnt. Es bleibt demnach bei den bestehenden Regeln. Auf Anfrage unserer Zeitung betont Christiane Klein aus der Pressestelle

der Bezirksregierung in Münster, dass jeder Sperrbezirk eine Einzelfallentscheidung sei. Die Straßenprostitution in Dortmund sei mit der Situation in Herten nicht zu vergleichen. [mehr]

Entscheidung ist keine Überraschung

Im Übrigen, so Klein, habe die Stadt Herten in ihrem Antrag keine konkreten Vorfälle oder Entwicklungen dargelegt, die einen stadtweiten Sperrbezirk rechtfertigen. „Insbesondere wurden keine Vorkommnisse nachgewiesen, bei denen Kinder oder Jugendliche gefährdet waren.“ Genau das sei jedoch ein wesentlicher Faktor für den Erlass eines Sperrbezirks.

„Die Entscheidung hat uns nicht überrascht“, kommentiert Nele Landero Flores, Sprecherin der Stadt Herten, den Bescheid. „Wir müssen das erst einmal so hinnehmen und werden nun mit der Politik die weitere Vorgehensweise abstimmen.“

Quelle: WAZ 29.10.2015 . [\[mehr\]](#)

WAZ Gelsenkirchen-Buer
Freier müssen jetzt mit Bußgeld rechnen
18.09.2015 | 08:10 Uhr

Kommt es am Straßenstrich in Herten-Süd zu Verstößen gegen die Sperrzeiten, konnte die Stadt bisher nur die Prostituierten belangen. Künftig müssen auch die Kunden, die Freier, mit Ordnungsstrafen rechnen. Dieser Regelung hat der Ordnungsausschuss der Stadt Herten jetzt mehrheitlich zugestimmt. Freier müssen jetzt mit Bußgeld rechnen | WAZ.de – [Lesen Sie mehr](#)

***Sexarbeit* NRW kritisiert Prostitutionsgesetz scharf**

08:00 Uhr Von [Andrea Dernbach](#)

Nordrhein-Westfalens rot-grüne Landesregierung geht hart ins Gericht mit dem geplanten Prostituiertenschutzgesetz der Bundesregierung: Es treibe Sexworkerinnen in die Illegalität.

- [Teilen](#)
- [Twittern](#)
- [Teilen](#)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung kritisiert [den schwarz-roten Entwurf für ein neues Prostitutionsgesetz](#) scharf. Neben inhaltlichen Einwänden hält die Regierung Kraft es auch für nicht umsetzbar: Das Gesetz sei, „so wie es sich im derzeitigen Entwurf darstellt, in

weiten Strecken nicht vollzugstauglich“, heißt es in der Stellungnahme des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Gesundheit und Emanzipation, die diese Woche veröffentlicht wurde. Es bestehe die Gefahr einer „Prostitutionsbürokratie“, die zudem „erst einmal aufgebaut werden muss“, erklärte Ministerin Barbara Steffens (Grüne). [\[mehr\]](#)

NRW-Ministerin: Bund fördert die illegale Prostitution

Barbara Steffens (Grüne) kritisiert den von Berlin geplanten Kontroll- und Meldeaufwand im Rotlichtmilieu

Von Tobias Blasius (WAZ.2708.15)

Düsseldorf. NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) hat vor einer drastischen Ausweitung der illegalen Prostitution durch eine für 2016 geplante Gesetzesreform der Bundesregierung gewarnt. Wenn der im Frauenministerium von Manuela Schwesig (SPD) erarbeitete Referentenentwurf mit zahlreichen neuen Melde- und Kontrollpflichten im Rotlichtmilieu umgesetzt werde, würden Tausende Sexarbeiterinnen „in die Illegalität geschickt“, sagte Steffens. Dieser Gesetzentwurf entferne sich „weit von seinem ursprünglichen Ziel, Menschen in der Sexarbeit besser zu schützen“. NRW will vielmehr große gewerbliche Betriebe und Bordelle wirksamer überwacht sehen.

Das NRW-Gesundheitsministerium nimmt vor allem daran Anstoß, dass künftig jede sexuelle Dienstleistung bei den Kommunen amtlich angemeldet werden soll. Selbst Sex gegen „geldwerte Leistungen“ oder „Teilhabe an einem luxuriösen Lebensstil“ müsste erfasst werden. Rund die Hälfte der schätzungsweise bis zu 45000 Prostituierten in NRW bietet ihre Dienste in den eigenen vier Wänden an und zahlt formal als anderweitiges Gewerbe Steuern und Krankenversicherungsbeiträge, weshalb diese Frauen bislang keine weiteren Überprüfungen über sich ergehen lassen müssen. Mit der Gesetzesreform müssten sich alle Prostituierten neuen Auflagen wie einer amtlichen „Eignungsprüfung“ für das horizontale Gewerbe oder einer regelmäßigen „Gesundheitsberatung“ unterziehen. Zudem soll eine gesetzliche Kondompflicht für Freier eingeführt werden. „Die Kommunen sind gar nicht in der Lage, die Kontrollauflagen zu erfüllen und die Informationsangebote in mehreren Sprachen vorzuhalten“, kritisierte Steffens. Die Kosten für die Gesetzesreform belaufen sich allein in NRW auf 3,4 Millionen Euro zusätzlich pro Ja



[Ein aufklärender Bericht über die „osteuropäische Zuhälterei“ im Zusammenhang mit Prostitution in Deutschland](#)



Grundsatzentscheidung: Amnesty kämpft jetzt auch für Liberalisierung der Prostitution

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International setzt sich künftig für eine Liberalisierung der Prostitution ein. Das hat die Hauptversammlung der Bewegung beschlossen – weltweiter Proteste zum Trotz.

Amnesty International hat einen umstrittenen Beschluss zum Umgang mit Prostitution getroffen. Die Menschenrechtsorganisation will sich künftig für die Entkriminalisierung der Sex-Arbeit weltweit einsetzen. Das beschlossen Delegierte aus aller Welt in Dublin beim International Council Meeting (ICM) von Amnesty. Das Treffen ist eine Art Hauptversammlung der internationalen Bewegung und legt die Grundlinien ihrer Menschenrechtspolitik fest. [[Spiegel Online: weiterlesen](#)]

Rhein und Ruhr

Oberverwaltungsgericht: Kein neuer Straßenstrich in Dortmund

12.08.2015 | 08:10 Uhr Dortmund. Ein Straßenstrichverbot empfindet sie als Berufsverbot.

Deshalb hat eine Prostituierte gegen die Stadt Dortmund geklagt und nun in zweiter Instanz

verloren. Das Oberverwaltungsgericht Münster kassierte gestern die Entscheidung des

Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen. (Az.: 5 A 1188/13). Das hatte ein räumlich begrenztes

Verbot des Straßenstrichs in der Dortmunder Nordstadt aus Gründen des Jugendschutzes zwar

gebilligt, eine Ausweitung auf das gesamte Gebiet Dortmunds aber abgelehnt. Die Stadt sieht

jedoch die Gefahr, dass sich auch an anderen Standorten ein Straßenstrich ähnlich negativ

entwickeln würde wie bis 2011 der dann geschlossene Standort. Oberverwaltungsgericht: Kein

neuer Straßenstrich in Dortmund | WAZ.de – [Lesen Sie mehr auf:](#)

http://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/oberverwaltungsgericht-kein-neuer-strassenstrich-in-dortmund-aimp-id10979346.html#plx2136180359

Prostituierte „Dany“ klagt

Gericht entscheidet über Straßenstrich-Verbot

10.08.2015 | 11:23 Uhr

Dortmund. Vier Jahre herrschte angespannte Ruhe um den Dortmunder Straßenstrich. Jetzt kocht das schlüpfrige Thema wieder hoch. Das Oberverwaltungsgericht in Münster will an diesem Dienstag entscheiden, ob Prostituierte in Dortmund auf der Straße anschaffen dürfen. Wir blicken auf den Stand der Dinge.

Vor allem geht es am Dienstag darum, ob der alte Straßenstrich in der Ravensberger Straße in der Nordstadt wieder geöffnet werden muss. Damals hatte der massenhafte Zuzug von neuen EU-Bürgern aus Bulgarien und Rumänien das Revier geradezu explodieren lassen.

[\[weiterlesen\]](#)

Süddeutsche Zeitung – 28. Juli 2015, 13:02 Uhr

Prostitution Prominente protestieren gegen Amnesty

- In einer Online-Petition richten sich Tausende gegen die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Unter den Unterzeichnern sind auch Meryl Streep, Kate Winslet und Emma Thompson.
- Der Protest wendet sich gegen einen Richtlinien-Entwurf von Amnesty, der sich dafür ausspricht, Prostitution zu entkriminalisieren – auch auf Seite der Zuhälter, wie die Kritiker bemängeln.

Die Oscar-Preisträgerinnen Meryl Streep, Kate Winslet und Emma Thompson haben einen Protestbrief an [Amnesty International](#) unterschrieben – gegen die Entkriminalisierung von Prostitution. Die [Online-Petition](#) vom 22. Juli wurde bereits von Tausenden unterzeichnet.

Die Autorinnen warnen die Menschenrechtsorganisation eindringlich davor, ein aktuelles Strategiepapier für einen neuen Umgang mit dem Thema [Prostitution](#) anzunehmen. Es sei zwar richtig, dafür zu kämpfen, dass die Frauen in dem Gewerbe nicht weiter kriminalisiert werden. Doch die neue „Draft Policy on Sex Work“ gehe viel weiter. [Das Papier, das Anfang Juli vom Internationalen Exekutivkomitee verschickt wurde](#), empfehle „die vollständige Entkriminalisierung der Sexindustrie“. Das führe wiederum dazu, „dass Zuhälterei, Bordellbesitz und käuflicher Sex legal werden“ und die Machenschaften von Menschenhändlern erleichtert würden. [weiterlesen](#)

Menschenhandel in Rumänien – Wenn Mädchen zur Ware werden

von Eva Schiller [ZDF]

Seit dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union ist das Land zur Drehscheibe für den Frauen- und Mädchenhandel geworden. Banden operieren beinahe ungehindert zwischen den EU-Mitgliedstaaten – die Freizügigkeit macht es möglich. Auch nach Deutschland werden viele Frauen verkauft.

„Was verbindet ihr mit Menschenhandel?“, fragt die Polizistin beim Aufklärungsunterricht in einer Mittelschule nahe der rumänischen Stadt Ploiești. „Deutschland“, ruft ein Junge. Die anderen lachen. Was die Schüler amüsiert, ist bittere Wahrheit. Rumänien ist eines der ärmsten Länder Europas und seit dem EU-Beitritt 2007 werden immer mehr junge Frauen von hier in den Westen verschleppt. Das Geschäft mit Frauen und Mädchen floriert seit der Grenzöffnung. Auch die Schülerinnen, die in der Klasse sitzen, sind potenziell leichte Opfer. Sie wohnen auf dem Land, die Arbeitslosigkeit ist hoch, ihre Perspektiven gleich null. Deshalb versucht es die rumänische Polizei mit Prävention. Die Schüler sollen sensibilisiert werden für die Methoden der Menschenhändler. [\[weiterlesen\]](#)

WAZ Mehr Sex-Steuer in Duisburg

Duisburg. Im nächsten Jahr erwartet der städtische Kämmerer noch höhere Einnahmen durch die Rotlicht-Abgabe. Und auch Wettbüros müssen künftig zahlen.

Die Sex-Steuer spült zunehmend Geld in die städtischen Kassen. Wurde im Jahr 2013 rund 71 000 Euro eingenommen, so hat sich der Ertrag durch die Rotlicht-Abgabe im vergangenen Jahr bereits auf 317 000 Euro vervierfacht. Und, so die Kalkulation des Kämmerers, es soll noch mehr werden.

Mehr Sex-Steuer in Duisburg | WAZ.de – Lesen Sie mehr auf:
<http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/mehr-sex-steuer-in-duisburg-id10799486.html#plx1880254849>

Duisburg. Im nächsten Jahr erwartet der städtische Kämmerer noch höhere Einnahmen durch die Rotlicht-Abgabe. Und auch Wettbüros müssen künftig zahlen.

Die Sex-Steuer spült zunehmend Geld in die städtischen Kassen. Wurde im Jahr 2013 rund 71 000 Euro eingenommen, so hat sich der Ertrag durch die Rotlicht-Abgabe im vergangenen Jahr bereits auf 317 000 Euro vervierfacht. Und, so die Kalkulation des Kämmerers, es soll noch mehr werden.

Sexsteuerpflichtig sind aber auch Prostituierte auf dem Straßenstrich, in Privatwohnungen oder anderenorts. WAZ.de – Lesen Sie mehr auf: [Der Westen](#)

Focus: Weniger Anonymität durch Gesetzänderung Mobile Bordelle: Warum sich Prostituierte gegen den „Hurenausweis“ wehren

Mit Änderungen im Prostitutionsgesetz sollen Sexarbeiterinnen besser geschützt werden. Der geplante „Hurenausweis“ stößt aber auf Widerstand bei den Betroffenen. Sie kritisieren vor allem die Anmeldepflicht.

- Sexarbeiterinnen, Beratungs- und Berufsverbände lehnen die geplanten Gesetzesänderungen klar ab
 - Vor allem die Meldepflicht stößt auf Widerstand
 - „Hurenausweis“ führt laut Kritikern zu größerer Stigmatisierung des Berufs
[\[weiterlesen\]](#)
-

Straßenstrich in Deutschland – Wenn Sex-Geräusche die Anwohner nerven

Auf hiesigen Straßenstrichen müssen immer mehr Zwangsprostituierte aus Rumänien und Bulgarien anschaffen. Die meisten Städte schwanken noch, ob sie die Anschaffzonen tolerieren oder auflösen sollen.

... Und diese meist aus Südosteuropa zugewanderten Frauen verhalten sich ganz und gar nicht unauffällig. An der roten Ampel reißen sie ungefragt Türen wartender Autos auf und animieren Fahrer in ordinären Worten zu bezahltem Sex. Gelegentlich lüften sie am Straßenrand ihren Intimbereich. Wer dort zu spazieren wagt, wird beschimpft und bedroht. Und ringsum türmen sich Müllberge aus Kondomen, Taschentüchern und Essensresten....

[Beitrag bei N24 \[klick\]](#)

WDR-Lokalzeit Ruhr Berichtet

Neues von der Bordsteinschwalben Front

Quelle: <http://www.express.de/digital/-lola-nrw-neue-smartphone-app-fuer-prostituierte,2492,30139790.html>

„Lola-nrw“ Neue Smartphone-App für Prostituierte

Die App „Lola-nrw“ könnte die Arbeit von Prostituierten zukünftig sicherer machen.

Diese App könnte Prostituierten in NRW vielleicht sogar das Leben retten.

„Lola-nrw“ heißt die App, die mit Videos über sicheres Arbeiten im Milieu, den Schutz der eigenen Gesundheit und das Krankenversicherungssystem in Deutschland informieren soll. Auch Hinweise zu Beratungsstellen für Prostituierte in NRW, sowie ein Navigationssystem zu wichtigen Adressen wie der Polizei sind enthalten.

Prostitution könne nicht verboten, Sexarbeiterinnen könne aber der Weg zu Beratungs- und Hilfeinrichtungen gezeigt werden, erklärte die NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) am Montag in Bochum bei der Vorstellung der App. Viele Prostituierte hätten keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und sprächen kaum Deutsch. Sie nutzten aber intensiv internetfähige Handys, sagte die Ministerin.

Zwar sind bisher nur Anlaufstellen in Bochum und Duisburg aufgenommen, eine Ausweitung sei in den kommenden Monaten aber geplant, hieß es.

Die App ist in den Sprachen rumänisch, bulgarisch, türkisch, englisch und deutsch verfügbar.

Sie wurde vom Verein Madonna, einer Selbsthilfeinitiative für die Interessen von Sexarbeiterinnen in Bochum, entwickelt und vom Land NRW mit 92.000 Euro gefördert.

„Informationen in der jeweiligen Muttersprache können verhindern, dass Prostituierte durch fehlende Rechts- und Sprachkenntnisse in Abhängigkeiten geraten“, betonte Astrid Gabb, Leiterin der Beratungsstelle Madonna.

(epd/pz)

„Ich habe die Schnauze voll von euch!“

Nachdem sie ein Interview mit der Prostitutions-Lobbyistin Stephanie Klee gelesen hatte, hat es ihr gereicht. Huschke

Mau, Aussteigerin aus der Prostitution, antwortet. „Ich bin eine von den vielbeschworenen ‚freiwilligen‘ Prostituierten“, schreibt sie. „Und ich habe die Schnauze voll von euch Prostitutionsbefürworterinnen!“. [\[weiterlesen\]](#)

Sperrbezirk Wohin werden die Prostituierten ausweichen?

HERTEN Herten und Gelsenkirchen hatten jeweils Sperrbezirke für ihr gesamtes Stadtgebiet beantragt. Doch nur in Gelsenkirchen wird das ab dem 5. Januar der Fall sein. In großen

Teilen Hertens hingegen bleibt Straßenprostitution weiterhin erlaubt. Warum eigentlich?
Hertener Allgemeine [\[weiterlesen\]](#)

Stellungnahme (??) der Politik [\[weiterlesen\]](#)

Gemeinsame Presseinformation der Bezirksregierung Münster und der Städte Herten und Gelsenkirchen

Münster erlässt Sperrgebietsverordnung – gültig ab 5. Januar 2015. Die Städte Herten und Gelsenkirchen erreichen ein Verbot der öffentlichen Prostitution während der hellen Tageszeiten

Münster / Gelsenkirchen / Herten. Die Bezirksregierung Münster hat über den Antrag der Städte Gelsenkirchen und Herten auf Errichtung einer Sperrgebietsverordnung positiv entschieden. Dies war zum Schutz der Jugend und des Öffentlichen Anstands erforderlich, weil sich auf dem Straßenzug der Münster- und der Gelsenkirchener Straße ein „Straßenstrich“ etabliert hat, auf dem zeitweise bis zu 30 Prostituierte ihre Dienste angeboten haben. Die damit einhergehenden Umstände machten nun ein Handeln unumgänglich.

Ab 5. Januar gilt für Teile der Städte Gelsenkirchen und Herten während der Tagesstunden von 6 bis 20 Uhr Winterzeit und 6 bis 22 Uhr Sommerzeit ein Verbot der öffentlichen Prostitution. Die auf beiden Stadtgebieten bereits bestehenden Sperrgebietsverordnungen sind von der neuen Entscheidung unberührt.

Rechtzeitig zum 5. Januar 2015 werden beide Kommunen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ordnungsdiensten und der Polizei auf die betroffenen Frauen zugehen und sie über die neue Situation informieren. Dazu werden derzeit Informationsblätter in verschiedenen Sprachen hergestellt, die dann ausgehändigt werden sollen. Auch Beratungsangebote werden bereitgehalten.

Gelsenkirchens Rechtsdezernent Dr. Christopher Schmitt und Matthias Steck, Beigeordneter der Stadt Herten, sind sich einig: „Im Mittelpunkt der Bemühungen unserer Städte steht eine für alle Beteiligten verträgliche Lösung. An erster Stelle steht allerdings der Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Dabei kommt dem Jugendschutz eine besondere Bedeutung zu. Wir befinden uns jetzt auf einem guten Weg.“

Das zuvor von den beiden Kommunen auf den Weg gebrachte Bündel von kurzfristigen Maßnahmen hatte leider die zunehmende Verschmutzung der Aufenthaltsorte der Prostituierten sowie aggressives Verhalten und auffälliges „Werben“ gegenüber Passanten nicht nachhaltig eindämmen können.

Die Verwaltungen der Städte Gelsenkirchen und Herten arbeiten weiterhin gemeinsam in einem Arbeitskreis an der Einrichtung eines abgegrenzten Kontaktbereichs. Da die Realisierung eines solchen Bereichs, wie er etwa in Essen oder Bonn eingerichtet ist, eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, halten beide Städte die jetzt vorgeschlagene Regelung als Zwischenschritt für unbedingt notwendig und begrüßen die Entscheidung der Bezirksregierung Münster.

Abgrenzungen Sperrbezirk II Herten:

Die Grenzen des Sperrbezirks II verlaufen in nördlicher Richtung entlang der Landstraße L 622 von Recklinghausen-Hochlar nach Gelsenkirchen-Resse über die Akkoallee, Kaiserstraße, Konrad-Adenauer-Straße, den Resser Weg und die Recklinghäuser Straße.

Westlich verläuft der Sperrbezirk II an der Stadtgrenze Gelsenkirchen, östliche an der Stadtgrenze Recklinghausen. Südlich endet der Sperrbezirk an der Stadtgrenze Herne.

- [Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für ein Teilgebiet der Stadt Gelsenkirchen](#)
- [Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für ein Teilgebiet der Stadt Herten](#)
- [Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für Teilgebiete der Städte Marl, Herten und Recklinghausen](#)
- [Karte Sperbezirk II Gelsenkirchen](#)
- [Karte Sperbezirk II Herten](#)

Stadtfinanzen

Essen schaut auf Duisburg – und erwägt neuen Anlauf für „Sexsteuer“

10.11.2014 | 20:00 Uhr

Essen schaut auf Duisburg – und erwägt neuen Anlauf für „Sexsteuer“

Tanzvergnügen der speziellen Art: Steuerpflichtig ist erst die „entgeltliche und gewerbsmäßige sexuelle Vergnügung“

Essen. Nein, kein Karnevalsscherz zum 11.11.: Essen erwägt eine Steuer „auf entgeltliche und gewerbsmäßige sexuelle Vergnügungen“. Erfahrungen aus Duisburg zeigen: Das lohnt sich.

26 Betriebe und dazu ein gutes Dutzend „freischaffende“ Prostituierte bescheren dem Duisburger Stadtsäckel in diesem Jahr Einnahmen von rund 688.000 Euro

Essen schaut auf Duisburg – und erwägt neuen Anlauf für „Sexsteuer“ | WAZ.de – Lesen Sie mehr auf:[\[klick\]](#)

Presse – H.A. Zusammenfassung (pdf) [\[klick\]](#)

Gesprächsrunde zur Prostitutionsbesteuerung in der Hertener Stadtkämmerei vertagt sich ohne greifbare Ergebnisse [\[mehr\]](#)

Straßenprostitution Sperrbezirk in Gelsenkirchen – Gegner aus Herten melden sich

29.10.2014 | 06:00 Uhr

Sperrbezirk in Gelsenkirchen – Gegner aus Herten melden sich

Mehr als 30 Prostituierte sollen ihrem Gewerbe rund um das Naturschutzgebiet Emscherbruch nachgehen.

Gelsenkirchen. Das „Bündnis für Demokratie“ zweifelt an der Rechtmäßigkeit des Sperrbezirks in Die Mitglieder trauen dem gelieferten Argument nicht, da ihrer Meinung nach die Vermüllung der Wälder nicht allein den Prostituierten zuzuschreiben sei. Entsetzt zeigen sich die Anwohner im Emscherbruch.

Mitte September hatten die Städte Gelsenkirchen und Herten ihren Antrag auf Errichtung eines zeitlichen Sperrbezirks im Umfeld der Münsterstraße an die Bezirksregierung in Münster geschickt. In diesen Tagen rechnete die Verwaltung mit einer Antwort aus Münster. Einer positiven, natürlich.

Sperrbezirk in Gelsenkirchen – Gegner aus Herten melden sich | WAZ.de – Lesen Sie mehr auf:

<http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen-buer/sperrbezirk-in-gelsenkirchen-gegner-aus-herten-melden-sich-id9979777.html#plx1996147106>

Leserbriefe H.A. v. 28/29.10. 2014



zum Vergrößern

Ausriss H.A. v. 25.10. 2014



zum Vergrößern

NRW: Der Abschlussbericht zur Prostitution liegt vor

Ruhrbarone

In Politik, Ruhrgebiet | Am 22. Oktober 2014 | Von Ulrike Maerkel

Prostitution lässt sich nicht verbieten – unter diesem Motto legte Ministerin Barbara Steffens im Oktober einen Abschlussbericht zur Stärkung der Rechte von SexarbeiterInnen vor. Die rot-grüne Landesregierung hatte Anfang 2011 entschieden, einen „Runden Tisch Prostitution“ einzurichten. Er machte seine Arbeit sehr gründlich und unter Beteiligung der fachlich zuständigen 8 NRW-Ministerien, der kommunalen Spitzenverbände, der Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen und der Beratungsstellen für Prostituierte eingerichtet. Auch BordellbetreiberInnen und Prostituierte waren Teil dieser Fachrunde – ein ungewöhnlicher Ansatz auch die Betroffenen einzuladen und nicht, wie so oft bei politischen Meinungsbildungsprozessen, „Außen vor“ zu lassen. Erklärtes Ziel der Landesregierung war es, die Situation von Prostituierten in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und Prostitution aus der gesellschaftlichen Grauzone herauszuholen.

FDP-Ratsherr Joachim Jürgens fordert die Anwendung des Düsseldorfer Verfahrens für das Gebiet der Stadt Herten. Damit können die Prostituierten in Herten pauschale Vorauszahlungen auf ihre Steuern leisten. Die oft schwierige steuerrechtliche Situation der Prostituierten wird damit entschärft.

Das Düsseldorfer Verfahren beinhaltet die Grundlegende Informationen zur Besteuerung für ein verschwiegenes Gewerbe. Januar 2010 [\[dazu Antrag der FDP-Herten\]](#)

Stadtverwaltung sieht weiterhin keine Gewerbesteuerpflicht bei Prostituierten, obwohl das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bundesfinanzhof und der Bundesrechnungshof dies bejahen. Daher stellt die FDP nun erneute Fragen zu diesem Thema, da die bisherigen Antworten der Stadtverwaltung widersprüchlich sind. [\(s.\)](#)

Rückfragen Auch sind dringende Gespräche mit dem Finanzamt in Sachen Gewerbesteuer für Prostitution nötig, **[dazu ein Antrag der FDP-Herten Antrag]**

Stadtverwaltung: „Wir können daran nichts ändern, aber das machen wir gut“

Verwaltungsvorlage weiteres Vorgehen Prostitution

Antrag der Stadt Herten an die Bezirksregierung

Antrag der Stadt Gelsenkirchen an die Bezirksregierung

DIE WELT über den Straßenstrich

Joachim Jürgens (FDP)-Anfrage an den Rat

FDP-Ratsherr Joachim Jürgens und Pro-Herten-Mitglied stellt **Anfrage zur Gewerbesteuerpflicht der Prostituierten**

Am 15. September 2014 fand im Hertener Glashaus der runde Tisch zum Thema Prostitution in Herten statt. Ein schriftliche Bürgeranfrage betraf die Gewerbesteuerpflicht der Prostituierten. Stadtkämmerer Matthias Steck vertrat die Meinung, dass diese nicht der Gewerbesteuer unterliegen. Diese Ansicht steht jedoch im Widerspruch zu einer Entscheidung des Bundesfinanzgerichtshofes vom 20. Februar 2013. Der Bundesfinanzhof sieht die Steuerpflicht als gegeben an. Daher hat nun Ratsherr Joachim Jürgens nachfolgende Anfragen an die Stadtverwaltung gemäß § 15 Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Herten gestellt:

- Welche rechtlichen Prüfungen hat Stadtkämmerer Matthias Steck im Vorfeld der Veranstaltung durchgeführt, um die Steuerpflicht zu prüfen?
- Vertritt die Stadtverwaltung weiterhin die Ansicht, dass die Prostitution nicht der Gewerbesteuer unterliegt?
- Welche Maßnahmen plant die Stadtverwaltung, um die Prostituierten über die Gewerbesteuerpflicht zu informieren?
- Wie viele Prostituierte haben bisher ein Gewerbe angemeldet?
- Wie viele Laufhäuser haben bisher ein Gewerbe in Herten angemeldet?
- Wie hoch sind die jährlichen Gewerbesteuereinnahmen durch Prostituierte?
- Wie hoch sind die jährlichen Gewerbesteuereinnahmen durch Laufhäuser?

Die vollständige Anfrage finden Sie hier [→ weiterlesen](#)

Stellungnahmen und Leserbriefe zur „Placeboveranstaltung“

STELLUNGNAHME

„Gelenkte Bürgerbeteiligung „Von: Reinhard Piwek, CDU-Ratsherr

— Betr.: Berichte zum „Runden Tisch Straßenprostitution“

— Ausgaben vom 16. und 17. September

Die „Mitmachstadt“ Herten hat am Montag wieder einmal eine Glanzstunde erlebt. Vor ca. 150 Anwesenden zeigte Bürgermeister Dr. Paetzel, wie gelenkte Bürgerbeteiligung aussieht. Fragen, die nicht vorher eingereicht worden sind, dürfen nicht gestellt werden. Antworten gibt nicht die zuständige, im Raum befindliche Fachbereichsleiterin und Rechtsdirektorin, sondern der Stadtkämmerer. Die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Herten durften auch noch eine Stellungnahme abgeben. Bei den Sozialdemokraten wurde das Thema so hoch bewertet, dass nicht der ebenfalls im Raum befindliche Fraktionsvorsitzende, sondern sein Stellvertreter Christian Bugzel das aussageschwache, durch die Stadtverwaltung erstellte Statement zu verlesen hatte.

Im Anschluss noch ein Workshop, moderiert von einem weiteren stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzen- den, fertig ist die perfekte Bürgerbeteiligung. Armes Herten!

BRIEFE AN DIE REDAKTION

„Alles nur eine Beruhigungsspiel für die Bürger „Von: Marion Kerstan, Herten-Süd

— Betr.: Berichte zum „Runden Tisch Straßenprostitution“

— Ausgaben vom 16. und 17. September

— gekürzt

Der Runde Tisch brachte für den ein oder anderen Bürger vielleicht einige neue Informationen. Nun wissen wir Bescheid und sollen jede Belästigung durch Prostituierte oder Freier zur Anzeige bringen. Gut, ich hoffe, dass sich die Bürger dazu durchringen und wirklich die Polizei aufsuchen. Durch die Anzeigen würde noch mehr Bewegung in das Thema Straßenprostitution kommen. So würde sich dann auch die Staatsanwaltschaft damit beschäftigen.

Zum Thema Gesundheitsvorsorge wissen wir jetzt, dass durch die Prostituierten Geschlechtskrankheiten sowie auch andere Krankheiten verbreitet werden, da sie ohne Kondom ihre Dienste anbieten.

Bürger konnten ihre Anregung in Gruppen erarbeiten. Diese Anregungen sind dann auf Zetteln an Flipcharts gesammelt worden. Im Prinzip war das alles nur eine Beruhigungsspiel für die Bürger.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir jahrelang hingehalten wurden. Der Wunsch, der sich im Rathaus breit machte, war in der Hertener Allgemeinen zu lesen: „Dass die Prostituierten alle wieder nach Marl abwandern, wenn in Marl im Dezember 2014 der Sperrbezirk ausläuft“. Das finde ich nicht sehr löblich, ich wünsche keiner Stadt oder keinem Bürger solch eine Konfrontation mit Straßenprostitution.

Der Antrag zum zeitlich begrenzten Sperrgebiet sollte schon vor der Sommerpause in die Post gehen, dies ist nicht geschehen. Wieder Hinhaltenaktik aus dem Rathaus. War natürlich super, den Runden Tisch einzuberufen und zu sagen: „Ich habe alles getan.“ Dazu kann sich jeder seinen Teil denken. Dass der

Sperrbezirk nur zeitlich begrenzt ist, hat folgenden Grund: Die Stadt Herten hat jahrelang die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes vernachlässigt. Um sich jetzt aus der Affäre zu ziehen, werden nun die Eltern in die Pflicht genommen. Wenn die Eltern in den frühen Morgenstunden Lust auf einen Spaziergang haben oder abends von einer Fete an dem Straßenstrich vorbeikommen, ist die Stadt aus dem Schneider. Weil die Eltern dann selbst schuld sind, wenn sie diesen Weg nehmen.

Die zeitliche Begrenzung des Sperrbezirks ist eine Farce. Während im gesamten Stadtgebiet ein Sperrbezirk entsteht, dürfen sich die Bürger in Herten-Süd weiter mit der Straßenprostitution auseinandersetzen. Gibt es auch in Marl eine zeitliche Begrenzung über Tag? Wo bleibt die Gleichberechtigung? Wo ist das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte? Ebenso gab es Befürworter des Straßenstrichs, die sich um die armen Frauen sorgen. Aber keiner dieser sorgenvollen Bürger hat jemals Kontakt zu den Damen am Straßenstrich aufgenommen. Sehr löblich – ist ja auch ein Thema, wo man sich mal wieder profilieren kann.

Wer die Frauen in Verrichtungsboxen steckt, ist auch nicht besser als die Freier. Wer aber noch Geld für die Nutzung dieser Boxen kassiert, ist auch nicht besser als die Zuhälter. Wo bleiben die so oft diskutierten Menschenrechte dieser Frauen?

Seit 2002 das Prostitutionsgesetz geändert wurde, sind dem Menschenhandel und der Zwangsprostitution Tür und Tor in Deutschland geöffnet worden. Die EU-Kommission bezeichnet das deutsche Prostitutionsgesetz als Desaster.

Unsere Kommunalpolitiker sollen sich endlich mal bewegen und interkommunal zusammenarbeiten und sich gemeinsam für diese Resolution einsetzen. Wozu seid ihr denn gewählt? Ihr sollt uns vertreten und nicht vertrösten.

„Runder Tisch“ in der Hertener Allgemeine

Mit Video Rund 150 Bürger beim Runden Tisch zum Straßenstrich



HERTEN Die Resonanz war groß, das Glashauss bis auf den letzten Platz gefüllt: Rund 150 Bürgerinnen und Bürger, darunter viele junge Eltern, haben am Montagabend am „Runden Tisch“ zum Thema Straßenprostitution teilgenommen. Trotz des emotionalen und im Vorfeld sehr kontrovers diskutierten Themas verlief die Veranstaltung bemerkenswert ruhig und sachlich. [mehr...](#)

Runder Tisch im Glashauss Fragen zum Straßenstrich vorab stellen

HERTEN Am Montag, 15. September, beruft Bürgermeister Dr. Uli Paetzel einen Runden Tisch zum Thema Straßenprostitution ein. Interessierte Bürger sind willkommen. Paetzel bittet sie, inhaltliche Fragen und andere Unklarheiten möglichst noch in dieser Woche an die Stadtverwaltung zu übermitteln, damit am Montagabend auch tatsächlich eine Beantwortung möglich ist. [mehr...](#)

Bürgermeister handelt Runder Tisch zum Straßenstrich

HERTEN-SÜD Bürgermeister Dr. Uli Paetzel hat am Freitag persönlich an einen runden Tisch zur Prostitution in Herten eingeladen. [mehr...](#)

Nach Beschwerden in Henrichenburg Prostitution: Castrop-Rauxel kündigt Kontrollen an

CASTROP-RAUXEL Ordnungsamt und Polizei werden sich im Castrop-Rauxeler Stadtteil Henrichenburg umsehen, welche Probleme dort durch Prostitution zu Tage treten. Das hat die Stadt klargestellt – und reagiert damit auf Sorgen von Anwohnern und Politikern. Derweil unterstützt die Stadt auch einen Appell der Zeitschrift „Emma“. [weiterlesen →](#)

Straßenprostitution Antrag für Sperrbezirk nimmt letzte Hürde

HERTEN Der Antrag für einen Sperrbezirk gegen die Straßenprostitution am Ewaldsee hat die letzte politische Hürde genommen. Spätestens Montagmorgen wird das Dokument an die Bezirksregierung Münster verschickt. [\[zum Artikel Hertener Allgemeine\]](#)

Aus dem Gelsenkirchener Stadtrat [\(11.09.2014\) \[pdf\]](#)

Antrag auf Erlass einer Sperrbezirksverordnung – Inhalt der Mitteilung

Der als Anlage beigefügte Antrag soll nach zustimmender Kenntnisnahme des Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss (HFBP) in seiner Sitzung am 11.09.2014 der Bezirksregierung Münster zur Entscheidung vorgelegt werden.

Basis für diesen Antrag ist das in der HFBP-Vorlage Drucksachen-Nummer 09- 14/6247 unter Punkt 2. „Mittelfristige Maßnahmen“ genannte Vorgehen zur Bekämpfung der Störungen und Gefahren für den Jugendschutz und den öffentlichen Anstand, die durch die Ausübung der Prostitution an der Münsterstraße bestehen.

Für die Vorbereitung der unter 3. „Langfristige Maßnahmen“ angestrebten Einrichtung eines Verrichtungsgeländes wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mit ihrer Arbeit begonnen hat. [\[Der Antrag als PDF-Dokument hier\]](#)

dazu: WAZ Lokales v. 12.09.2014 Sperrbezirk als mittelfristige Lösung

12.09.2014 | 00:22 Uhr

Der Ball liegt nun bei der Bezirksregierung Münster. Sie muss entscheiden, ob es in Gelsenkirchen absehbar eine Sperrbezirksverordnung geben wird, die das Geschäft der Straßenprostitution stadtweit zeitlich regelt. [\[weiterlesen\]](#)

in der Hertener Allgemeine (11.09.2014)

[Runder Tisch im GlashausFragen zum Straßenstrich vorab stellen](#)

HERTEN Am Montag, 15. September, beruft Bürgermeister Dr. Uli Paetzel im Glashaus einen Runden Tisch zum Thema Straßenprostitution ein. Interessierte Bürger sind willkommen. Paetzel bittet sie, inhaltliche Fragen und andere Unklarheiten möglichst noch in dieser Woche an die Stadtverwaltung zu übermitteln, damit am Montagabend auch tatsächlich eine Beantwortung möglich ist. [mehr...](#)

[Regionales](#) Straßenstrich 30.08.14

„DIE WELT“

Wenn das laute Stöhnen die Anwohner stört

Auf hiesigen Straßenstrichen müssen immer mehr Zwangsprostituierte aus Rumänien und Bulgarien anschaffen. Die meisten Städte schwanken noch, ob sie die Anschaffzonen tolerieren oder auflösen sollen. [\[weiterlesen\]](#)

**Ein umfangreiche Dokumentenzusammenfassung als
PDF-Dokument**
[klick hier](#)



[ZUM- FACEBOOK-Link \[klick\]](#)

offensichtlich existiert oben angeben Seite nicht mehr

FDP-Antrag zur Straßenprostitution

Kontrolle der gewerblich durchgeführten Prostitution im Bereich Gelsenkirchener Straße
Antrag gem. § 14 GeschO der Stadt Herten:

Ich stelle den Antrag, dass das Ordnungsamt Herten die Gelsenkirchener Straße im Bereich des Straßenstrichs durch sichtbare Präsenz überwacht, um gegebenenfalls Verstöße der widerrechtlichen Abfallentsorgung bzw. Exhibitionismus zu protokollieren und rechtliche Schritte einzuleiten.

Hierzu könnten beispielsweise die Ressourcen genutzt werden, die sonst für die langfristige Geschwindigkeitsüberwachung vor dem Rathaus gebraucht werden. Der vollständige Antrag ist öffentlich [\[s. hier\]](#)

[Prostitution in Deutschland \[Wikipedia\]](#)

Anklicken der u.a. Texte rhöht die Lesbarkeit

[Ausriss:Hertener Allgemeine v.04.09.2014 \(incl. Kommentare\)](#)

Fotos JJ ©





Hertener Allgemeine v. 30.08.2014

Bürgermeister handelt Runder Tisch zum Straßenstrich

HERTEN-SÜD Bürgermeister Dr. Uli Paetzel hat am Freitag persönlich an einen runden Tisch zur Prostitution in Hertener eingeladen.

Bereits Ende Februar [hatte die FDP](#) im Rat ein solches Gremium beantragt. Jetzt kommt Bewegung in die Sache – kurz vor der von unzufriedenen Bürgern initiierten Demo am Straßenstrich an der Gelsenkirchener Straße am Samstagnachmittag um 15.30 Uhr.

Im Februar hatte der Rat vereinbart, zunächst zu klären, ob es auch in Gelsenkirchen ein solches Gremium geben werde, um dann gegebenenfalls gemeinsam, Städte übergreifend, an einen Tisch zu kommen. Nun soll am Montagabend, 15. September im Glashaus (19 Uhr) ein erstes Treffen einer rein Hertener Gesprächsrunde stattfinden.

Teilnehmen sollen neben dem Bürgermeister, dem Ordnungsamt und der Gleichstellungsstelle auch die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, Polizei und Kreisgesundheitsamt, das Bündnis für Demokratie sowie Anwohnervereine und der Verein „Madonna“, eine Beratungsstelle und Interessenvertretung von Prostituierten. Sachverständige und Fachleute sollen dann themenbezogen dazu kommen.

„Es sind alle herzlich eingeladen, sich konstruktiv an der Erarbeitung eines langfristigen Konzeptes zu beteiligen“, teilt Dr. Uli Paetzel in einer Presseerklärung mit. Der runde Tisch solle nun ein Konzept erarbeiten, mit dem die Prostitution in Hertener reguliert werden könne und dabei auch die notwendigen gesellschaftlichen Debatten weiter voranbringen. Paetzel: „Es geht uns zum einen darum, den Prozess gemeinsam zu gestalten – so ist es gute Tradition bei uns –, aber wir möchten auch aufklären und für ein menschliches Miteinander werben.“

Ausschnitt aus der H.A. vom 29.08.2014

Neuer Treffpunkt für die Demo

Polizei und Versammlungsleiterin besprechen Ablauf der Kundgebung am Straßenstrich

HERTENSÜD. (kö) Am Samstag gehen im Hertener Süden erstmals Bürger auf die Straße, um gegen Prostitution an der Gelsenkirchener Straße zu demonstrieren. In einem Abstimmungsgespräch mit der Polizei ist gestern der Treffpunkt für die Demo verlegt worden.

Bislang hatten die Initiatoren geplant, sich um 15.30 Uhr auf dem Lidl-Parkplatz an der Ecke Ewaldstraße/Gelsenkirchener Straße zu versammeln. „Der Parkplatz ist Privatgelände, und um 15.30

Uhr ist der Markt noch geöffnet. Daher ist der Treffpunkt auf die Parkstreifen an der Ewaldstraße, auf der südlichen Seite der Kreuzung verlegt worden“, sagt Polizeisprecherin Ramona Hörst.

Versammlungsleiterin ist Petra Stanke. Mit ihr haben Vertreter der Polizei gestern den Ablauf der Kundgebung durchgesprochen. Unter anderem müssen zwei Ordnungskräfte benannt werden. Nach wie vor rechnet die Polizei mit 60 bis 80 Teilnehmern. Wie berichtet, wollen auch Bürger aus dem angrenzenden Gelsenkirchen mit dazu kommen.

Neuer Treffpunkt für die Demo

Nach einer Ansprache am Treffpunkt wird die Demo am Samstag auf der Gelsenkirchener Straße bis zur Stadtgrenze ziehen und nach einer Zwischenkundgebung wieder zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die Polizei wird die Demonstranten begleiten sowie den Autoverkehr regeln. An eine Sperrung der stark befahrenen Straße ist zunächst nicht gedacht. Zusätzliche Polizeikräfte werden zudem für Sicherheit rund um die Veranstaltung sorgen.

Im Gespräch sei es auch um Rechte und Pflichten der Demonstranten sowie Grenzen der Versammlungsfreiheit gegangen, sagte Hörst auf unsere Nachfrage mit Blick auf die angekündigten Aktionen: „Mit Trillerpfeifen zu demonstrieren ist erstmal in Ordnung.“ Generell setze aber eine Demo nicht die Rechte Dritter außer Kraft. Die Polizei schreite immer dann ein, wenn aus einer Versammlung heraus Straftaten begangen würden.

Wie berichtet, wollen Bürger aus dem Süden unter dem Motto „Straßenstrich nein danke! Hertener Bürger wehren sich gegen den Straßenstrich!“ gegen die ihrer Meinung nach unzumutbaren Verhältnisse an der Gelsenkirchener Straße und die aus ihrer Sicht unzureichenden Maßnahmen der Stadtverwaltung protestieren

Presseerklärung Hertener Bündnis für Demokratie : Demonstrieren ist nicht Vertreiben

Sachverhalt:

Aktuell rufen Initiatorinnen und Initiatoren einer Aktion „Straßenstrich – nein danke! Hertener Bürger wehren sich gegen den Straßenstrich!“ im Hertener Süden für Samstag, den 30. August zu Protesten an der Gelsenkirchener Strasse/Münsterstrasse auf.

Erklärt wird, dass im Rahmen wiederholter Aktionen Kundschaft bedrängt und „vertrieben“ und den an dieser Stelle arbeitenden Prostituierten „das Geschäft vermiest“ werden solle. So kündigten die Verantwortlichen ihre Demonstration in der Lokalseite der Hertener Allgemeinen von Montag, 18.8.2014, an; nachzulesen auch auf ihren Veröffentlichungen unter Facebook.

Das Hertener Bündnis für Demokratie und Menschenrechte nimmt hierzu Stellung:

Wir stellen fest, dass nach geltendem Recht Prostituierte einer legalen Berufsausübung nachgehen, und insofern unter dem Schutz der Gesetze stehen. Aber auch ganz unabhängig davon hat niemand ein Recht, Menschen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben und die Grundlagen ihrer legalen Geschäftstätigkeit zu zerstören.

Die Ankündigung dieser so genannten Demonstration stellt daher einen Angriff auf legitime Rechte und Grundrechte der betroffenen Sexarbeiterinnen dar. Die öffentlich angekündigte massive, konfrontative Aktionsform bedroht und gefährdet zudem die Sicherheit der Frauen und ist darauf angelegt, bei ihnen Unsicherheit und Angst auszulösen. Dies ist umso schlimmer, als sich unter den betroffenen Migrantinnen Frauen aus diskriminierten und in der Nazizeit verfolgten Minderheiten befinden; die Bedrohung findet daher – gewollt oder nicht – in einem rassistischen und fremdenfeindlichen Kontext statt und nährt rechtsextreme Kräfte.

Die angekündigten Aktionen treffen auf unsere Empörung und unseren Widerstand.

Wir vertreten die Auffassung, dass das Bürgerrecht zu Demonstrieren nicht für Aktionen missbraucht werden darf, mit denen ausdrücklich Rechte Dritter beseitigt werden sollen und in denen die Unversehrtheit Dritter gefährdet oder beschädigt werden kann. Wer von wem auch immer öffentlich bedroht wird, muss sich auf den Schutz des Staates und seiner Bürger verlassen können.

- **Das Bündnis ruft die Initiatoren der Aktion auf, ihr Vorhaben abzusagen und eine friedliche, nicht konfrontative Demonstration – wie es ihr demokratisches Recht ist – an anderer Stelle zu veranstalten. Das Bündnis tritt schützend vor die Rechte der Frauen und jeder Bedrohung ihrer Integrität entgegen.**
- **Die Verantwortlichen der Stadt rufen wir dazu auf, schnellstmöglich einen runden Tisch zu veranstalten, an dem tatsächlich Probleme, die der Straßenstrich verursacht, unter Hinzuziehen von fachlich erfahrenen Verbänden mit allen betroffenen Seiten thematisiert, diskutiert werden, mit dem Ziel, konstruktive Lösungen zu finden und dies zeitnah umzusetzen.**

Herten, den 26. August 2014

Für das Bündnis:

Manfred Schwirske
Kathrin Wolf, Haus der Kulturen..
Michael Jähn, Jusos Herten
Renate Nöbe Sascha Köhle

Linke fordert Debatte zum Sperrbezirk

HERTEN. Das Vorgehen der Hertener Stadtverwaltung beim Antragsverfahren für einen Sperrbezirk In Herten-Süd (wir berichteten) leuchtet der Ratsfraktion der Linken nicht ein.

Linke-Ratsfrau Martina Ruhardt: „Wir sind der Meinung, dass der nun von den Städten Gelsenkirchen und Herten erarbeitete Antrag an die Bezirksregierung Münster auch in unserer Stadt noch einmal in die zuständigen politischen Gremien muss.“ In der Ratssitzung im Februar 2014 habe man ein anderes Verfahren beschlossen. Es sei auch um einen Runden Tisch „Straßenprostitution“ gegangen, an dem alle Ratsfraktionen dauerhafte Lösungen erarbeiten sollten. Seit Februar seien keine Anstrengungen unternommen worden, das Thema weiter politisch diskutieren zu lassen, so Ruhardt. (26.05.2014 in der H.A.)

Hinterlassenschaften:

